

Christiane Benner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



Konstituierende Delegiertenversammlung

der Verwaltungsstelle Saarbrücken

am 17. März 2012

Aktuelle politische und ökonomische Herausforderungen für die IG Metall

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

herzlichen Dank für eure Einladung zur Delegiertenversammlung hier nach Saarbrücken. Ich bin heute gerne zu euch gekommen. Das ist heute eine besondere Delegiertenversammlung. Denn ihr wählt Haupt- und Ehrenamtliche an die Spitze eurer IG Metall in Saarbrücken.

Wir stehen vor großen politischen und ökonomischen Herausforderungen.

1. Die anstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie
2. Die Stärkung der IG Metall, insbesondere die Mitgliederentwicklung
3. Die Eurokrise

1. Tarifrunde

Am 24. Februar hat der Vorstand der IG Metall auf Basis der Beschlüsse der Tarifkommissionen der Metall- und Elektro-Industrie den Forderungsdreiklang für die Tarifrunde festgezurr:

- 6,5 Prozent mehr Entgelt und Ausbildungsvergütung bei einer Laufzeit von 12 Monaten;
- Übernahme der Ausgebildeten in unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnisse als Regel und
- Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Einsatz, Umfang und Dauer von Leiharbeit.

Bis zum 28. April gilt die Friedenspflicht. Wir sind aber schon mitten in der Tarifrunde. Die ersten Verhandlungen haben stattgefunden. Die Reaktionen der Arbeitgeber waren erwartungsgemäß: Wir geben nichts und wollen Herr im Haus bleiben. Unsere Entgeltforderung wird als maßlos und ohne jegliche Grundlage diffamiert. In den Punkten unbefristete Übernahme und Leiharbeit wollen sich die Arbeitgeber einfach nicht reinreden lassen. Sie wollen nach Gutsherrenart entscheiden. Darüber, wer übernommen wird. Darüber, wie viele Leiharbeitsbeschäftigte wie lange eingestellt werden. Darüber, wer nach entsprechender Führung übernommen wird.

Kolleginnen und Kollegen, das finde ich rückwärtsgewandt und antiquiert.

Das Bündnis, das Gesamtmetall und IG Metall in der Krise geschlossen hatten, wird gerade von den Arbeitgebern in einer unverantwortlichen Weise aufgekündigt. Von daher ist es gut und richtig, dass die IG Metall Jugend in den ersten Verhandlungen Gas gegeben hat. Eure Eheschließungen als bezirkliche Aktion „Unbefristete Übernahme – ja ich will“ war klasse, und sie war auch so gut, weil viele von euch dabei waren. Weiter so.

Lasst mich auf unsere berechnigte Entgeltforderung eingehen.

Wir haben in der Krise einen Tarifvertrag mit dem Schwerpunkt Beschäftigungssicherung und Reallohnsicherung abgeschlossen. Mit diesem sollten Entlassungen verhindert und Beschäftigung über die Krise hinweg

gesichert werden. Dies ist gelungen. Die Tarifpolitik war somit ein wesentlicher Stabilitätsanker in der Krise. Das „German Jobwunder“ wurde im Ausland übrigens verwundert und bewundernd registriert.

Ab dem 3. Quartal 2010 setzte ein kräftiger Aufschwung ein. Und 2011 war für die Unternehmen ein überaus erfolgreiches Jahr. Die Produktion lief auf vollen Touren, die Gewinne sprudelten kräftig. Deshalb ist der Blick zurück aufschlussreich, auch für die anstehenden Entwicklungen.

Er zeigt, dass wir mit der „April-Erhöhung“ die Inflationsentwicklung in 2011 nahezu abdecken konnten, also die Realeinkommen gesichert haben. Doch an der Wohlstandsmehrung in 2011 haben wir strukturell nicht teilgenommen. Das heißt, die Umverteilung zwischen Unternehmens- und Arbeitnehmereinkommen ist noch weiter in Schieflage geraten.

Das ist keine Nostalgiedebatte. Genau dieser Abschluss war die Grundlage für den schnellen Aufschwung nach der Krise. Denn dadurch wurden Belegschaften gehalten und es konnten in F & E neue Produkte entwickelt werden, mit denen man nach der Krise sofort wieder durchstarten konnte.

Es geht auch nicht um Nachschläge, wie die Unternehmer nun behaupten. Es geht vielmehr um die gerechte Teilhabe an unseren Erfolgen.

Die Unternehmen haben im vergangenen Jahr wieder hervorragend verdient. Nicht nur die Bilanzzahlen der Dax-Konzerne sprechen da eine deutliche Sprache. Nach ifo-Erhebungen im Auftrag von Gesamtmetall hat die Metall- und Elektroindustrie 2011 einen Gewinn von 4,2 Prozent des Umsatzes erwirtschaftet.

Grundlage für diese Entwicklung war die Steigerung der metallwirtschaftlichen Produktivität um über 7 Prozent. Die haben die Beschäftigten in den Unternehmen erwirtschaftet. Daran müssen sie dauerhaft beteiligt werden. Diese Zahlen zeigen, dass die Unternehmen der ME-Industrie eine Erhöhung bis 6,5 Prozent finanzieren können.

Eine Umfrage von Südwestmetall von Anfang März zeigt ebenfalls: Den Metall-Elektronunternehmen geht es überwiegend gut.

Zwei Beispiele aus dieser Umfrage:

Erstens: Bei 69 Prozent der Befragten hat sich die Auftragslage 2011 gegenüber 2010 verbessert.

Zweitens: 70 Prozent erwarten für 2012 ein gleich hohes bzw. höheres Umsatzniveau als im Vorjahr.

Das heißt, für unsere Forderung von 6,5 Prozent gibt es ein stabiles wirtschaftliches Fundament.

Trotz solcher positiven Einschätzungen aus dem Unternehmerlager braucht Deutschland eine balancierte Wirtschaftsentwicklung, die von der

Binnennachfrage ebenso getragen wird wie vom Außenhandel. Angesichts der schwachen Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum werden die äußeren Wachstumskräfte in 2012 schwächer ausfallen.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte wie die des Staates werden sehr stark durch die Entwicklung der Löhne und Gehälter gesteuert.

Eine Stärkung der Binnennachfrage ist deshalb notwendig. Deshalb brauchen wir diese Entgelterhöhung. Somit wird die IG Metall ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht. Das ist unser Beitrag für eine stabile, balancierte wirtschaftliche Entwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

So. Und wie reagieren die Arbeitgeber? Eigentlich geben sie uns recht. Zumindest in einigen Betrieben. Denn sie schütten fette Einmalzahlungen aus. Das ist gut für die Kolleginnen und Kollegen. Wir gönnen ihnen das. Aber das sind Einmalzahlungen. Nicht für alle. Nicht nachhaltig. Deshalb brauchen wir 6,5 Prozent. Für alle und nachhaltig durch strukturwirksame Erhöhungen unserer Entgelte in unseren Tarifverträgen.

Lasst mich zum zweiten Teil unserer Forderung kommen. Der unbefristeten Übernahme aller Azubis.

Kolleginnen und Kollegen: Auf der einen Seite beklagen die Unternehmer ständig einen vermeintlichen Fachkräftemangel. Auf der anderen Seite finden unsere jungen Kolleginnen und Kollegen keine unbefristete Anschlussbeschäftigung, in der sie ihre Qualifikationen weiterentwickeln können.

Daran müssen wir jetzt etwas ändern. Grundsätzlich und dauerhaft. Mit unserer Forderung nach einer unbefristeten Übernahme geht es nun darum, jungen Menschen Perspektiven jenseits von Arbeitslosigkeit und Arbeitsamt zu ermöglichen. Gerade Berufsanfänger sollen nicht gleich zu Beginn ihres Berufslebens Angst um ihren Job haben müssen.

Die IG Metall war immer bereit und im Stande, besondere Lösungen für besondere Probleme zu finden. Daher sehe ich auch keine Bedrohung für ausbildungsintensive Betriebe. Sonderregelungen sind machbar, wo sie sinnvoll und angemessen sind.

Mit unserer Forderung nach einer unbefristeten Übernahme aller Azubis müssen wir offenbar die Unternehmen zum Jagen tragen. Denn es ist ja in ihrem Sinn, wenn ihre Forderungen nach mehr und gut ausgebildeten Leuten endlich umgesetzt werden.

Wem die Fachkräfte fehlen, der soll sie ausbilden. Dafür brauchen wir mehr qualifizierte Ausbildungsplätze und nicht weniger. Laut Bundesagentur für Arbeit sank der Anteil der ausbildenden Betriebe 2010 auf 22,5 Prozent. In den Jahren zuvor lag er noch bei rund 24 Prozent. In der zukunftsorientierten IT-Branche haben die Arbeitgeber von 2001 bis 2011 die Ausbildungszahlen von 20.000 auf 15.600 reduziert, aber sie beschwerten sich auf der diesjährigen CeBIT über den IT-Fachkräftemangel. Was soll man da noch sagen?

Den Arbeitgebern fällt nur ein, die IG Metall als Rattenfänger von Hameln zu bezeichnen. Das ist ein mieser Vergleich. Letztlich diffamieren sie damit junge Menschen. Junge Menschen brauchen Perspektiven und Planungssicherheit. Stahl hat's vorgemacht. Deshalb: Unbefristete Übernahme für alle – jetzt.

Bei unserem dritten Forderungselement geht es uns um mehr Mitbestimmung beim Einsatz von Leiharbeit.

Diese Forderung zielt darauf ab, den Missbrauch von Leiharbeit für Lohndumping zu verhindern.

Wer wüsste das nicht besser als unsere betrieblichen Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter, wie wichtig das ist. Der Kampf gegen den Missbrauch der Leiharbeit ist für uns kein Nebenziel der Tarifrunde, sondern ein gleichgewichtiges Anliegen.

Deswegen werden wir für dieses Vorhaben genau so entschieden kämpfen, wie für die anderen beiden Forderungen. Gemeinsam und mit langem Atem. Kolleginnen und Kollegen. Es geht uns bei der unbefristeten Übernahme und bei Mitbestimmung bei Leiharbeit um viel mehr. Es geht darum, ob wir uns durchsetzen mit unseren Forderungen nach einer fairen Arbeitswelt mit sicheren Perspektiven, gerechter Bezahlung und Planungssicherheit.

Die Arbeitgeber haben ein anderes Bild von der Arbeitswelt: Sie wollen prekäre Arbeitsverhältnisse, um höchst mögliche Flexibilität zu haben, niedrige Kosten und auch, um Herr im Haus zu bleiben. Wir wollen Solidarität unter Beschäftigten, sie wollen Mehrklassenbelegschaften und den Daumen heben oder senken, wenn es um Übernahme oder Entfristung geht.

Darum geht es. Darum nennen uns die Arbeitgeber Rattenfänger. Darum reagieren sie so angefasst. Denn sie merken, dass wir die Sympathien haben. Denn sie merken, dass wir selbstbewusst sind. Und Kolleginnen und Kollegen, das ist gut so. Das ist richtig so.

Es geht in dieser Tarifrunde um die Auseinandersetzung um eine faire Arbeitswelt. Wir wollen die schlechten Entwicklungen eindämmen. Ihr habt im Saarland eine konsequente Haltung zum Thema Leiharbeit. 900.000 Leiharbeitsbeschäftigte sind zuviel. 54 Prozent aller jungen Menschen unter 25 Jahre steckten 2010 in prekärer Beschäftigung. Das ist ein Skandal. Die Arbeitgeber wollen die Zahl ausbauen, wir wollen sie massiv senken.

Die Arbeitgeber kalkulieren damit, dass uns die Belegschaften von der Stange gehen, wenn sie uns eine attraktive Zahl vor die Nase halten. Auch deshalb müssen wir immer wieder in den Betrieben diskutieren, dass wir alle drei Forderungen gleichberechtigt durchsetzen werden. Dreiklang bleibt Dreiklang – Basta. Und deshalb werden wir Warnstreikwellen hinlegen, die sich gewaschen haben. Am 29. April geht es richtig los. Bis dahin können die Arbeitgeber noch einlenken. Wenn bis Mitte Mai kein Ergebnis steht, gibt es Urabstimmung und nach Pfingsten Streik.

2. Mitgliederentwicklung / Stärkung der IG Metall:

Will die IG Metall in dieser und künftiger Tarifrunden durchsetzungsstark sein, braucht sie eine engagierte Mitgliedschaft. Deswegen bleibt die Mitgliederentwicklung für die IG Metall die politischste Frage überhaupt.

Menschen entscheiden sich für eine Gewerkschaft, wenn sie mit den Zielen, den Inhalten und vor allem den Erfolgen der jeweiligen Organisation zufrieden sind.

Beispielsweise denke ich da an die erfolgreiche Krisenpolitik der IG Metall. In der Krise sicherte sie Beschäftigung und half den Menschen ihre Lebensperspektiven zu erhalten. Nun, nach der Krise legt die Beschäftigung wieder zu. Auf diese Entwicklung können wir stolz sein.

Denn das ist ein Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit und unserer betrieblichen Interessensvertretungen.

Solche Erfolge wirken sich positiv auf unsere Mitgliederentwicklung aus. Letztes Jahr haben wir die Wende geschafft: Nach zwanzig Jahren Mitgliederverlusten legte die Mitgliederzahl der IG Metall im Saldo von Zu- und Abgängen erstmals wieder zu.

6.172 Mitglieder konnten wir 2011 netto hinzugewinnen, das entspricht einem Zuwachs von 0,3 Prozent. Zugegeben, nicht der ganz große Sprung nach vorn, aber dennoch ein wichtiges Signal. Wir haben die Wende hinbekommen. Wir werden wieder mehr!

Besonders erfreulich ist der Mitgliederzuwachs von Jugendlichen. 42 Prozent unserer neuen Mitglieder sind unter 27 Jahren!

Hinter dieser Entwicklung steckt viel harte Arbeit. Gerade die junge IG Metall hat eine super Entwicklung in Saarbrücken. Das verdient einen Applaus und dafür danke ich euch ganz herzlich.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wie sieht nun die Mitgliederentwicklung hier in Saarbrücken aus?

2010 hattet ihr 15.482 Mitglieder. Auch 2011 habt ihr euch stark engagiert: eure Mitgliederzahl stieg auf über 16.254. Ein satter Zuwachs.

Besonders aufgefallen ist mir die Entwicklung bei ZF. Dort stieg die Beschäftigtenzahl um etwa 25 Prozent, von 4.800 auf aktuell 6.000. Mit eurem Einsatz habt ihr dafür gesorgt, dass nahezu alle neuen Beschäftigten auch Mitglied der IG Metall wurden. Zur success-story Halberg-Guß wurde schon eine Menge gesagt. Aber ihr habt es auch geschafft, richtig neues Terrain zu erobern. Bei Mercedes Benz Banking habt ihr gezeigt: Banker und IG Metall gehören zusammen. Dort habt ihr 208 Angestellte für die IG Metall gewonnen.

Ausbaufähig ist natürlich immer alles. Aber ich bin da sehr zuversichtlich, da ihr auch qualitativ eine gute Arbeit macht. Denn ihr bearbeitet mit Angestellten und Frauen, der Jugend und den Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund genau die richtigen Themen und macht ihnen Angebote in ihrer IG Metall.

Wir sind nur stark durch Mitglieder und engagierte Metaller und Metallerinnen. Deshalb nutzt auch die Vertrauensleutewahlen, um in den Bereichen Mitmacher zu gewinnen, in denen wir noch nicht so stark sind. Bei Angestellten, bei Frauen.

Wir haben extra für die Tarifrunde ein Info für Angestellte gemacht. Nutzt das doch, um mit ihnen noch intensiver als bisher zur Tarifrunde ins Gespräch zu kommen.

Nächste Woche ist der Equal-Pay Day. Das wäre ein Anlass, um mit Frauen und Männern zu diskutieren. Denn es ist nicht gut, dass wir das Thema Equal Pay bei Leiharbeitsbeschäftigten angehen, aber nicht bei der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen. 23 Prozent Entgeltunterschied zwischen den Einkommen von Frauen und Männern. Das passt auch nicht in unser Konzept einer fairen Arbeitswelt. Und schaut in euren Betrieben, wie die Eingruppierung aussieht. Ich wette mit euch, dass für viele Frauen Teilzeit zum Karriereblocker und zum Entwicklungshemmnis beim Entgelt geworden ist und sie keine oder nur niedrige tarifliche Leistungszulagen erhalten. Vereinbarkeitsfragen sind nämlich auch Entgeltfragen. Wenn die Frau weniger verdient, ist klar, wer zu Hause bleibt. Gleiches Geld für gleiche Arbeit muss auch für Frauen gelten.

Ich komme nun zum letzten Abschnitt meiner Rede.

3. Die Eurokrise

Die IG Metall bekennt sich zu Europa und zum Euro als gemeinsamer Währung.

Hinter dieser Überzeugung steckt einerseits ökonomische Vernunft und andererseits Solidarität mit Ländern, die zunehmend von den Finanzmärkten unter Beschuss genommen werden.

Die deutschen Unternehmen profitieren von einem gemeinsamen Europa mit einer Währung. Nur zur Erinnerung: 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in die 17 Länder mit Euro-Währung. Insgesamt über 60 Prozent des deutschen Exports gehen in alle EU-Länder.

Wir wollen aber eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht nur den Interessen der Unternehmer dient. Gewerkschaften wollen ein soziales Europa.

Es ist richtig: Die Verschuldung müssen wir in den Griff bekommen, aber nicht durch rücksichtsloses Kürzen, was die Befürworter bewusst falsch als „Sparen“ bezeichnen. Denn dieses Sparen belastet einseitig die sozial Schwachen.

Vielmehr müssen wir Möglichkeiten schaffen, die es Ländern wie Griechenland erlauben, sich zu fairen Bedingungen zu konsolidieren.

Beispielsweise könnten sich verschuldete EU-Länder durch einen EU-Fonds finanzieren. Ein solcher EU-Fonds würde mit Währungsreserven der Mitgliedstaaten abgesichert werden. Die laufenden Zahlungen an den Fonds würden durch spezielle nationale Steuereinnahmen garantiert werden.

Eine solche Lösung wäre solidarisch, weil sie geschwächte Länder in der EU einbindet und nicht ausgrenzt. Ökonomisch sinnvoll wäre ein solcher Lösungsansatz auch, weil er dazu beiträgt, den gemeinsamen Wirtschaftsraum zu erhalten.

Wir brauchen eine europäische Verantwortungsgemeinschaft, die, gestützt auf eine demokratische Wirtschaftsregierung, bereit ist, auch Lasten gemeinsam zu tragen. Also nicht nach dem Motto: Jeder stirbt für sich allein.

Bei der Rettung Griechenland kann man sich an den Ideen und Maßnahmen des Marshall-Plans für Deutschland und Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg orientieren.

Wo wäre Deutschland heute, wenn es den nicht gegeben hätte? Wir waren auch auf die Solidarität und Unterstützung anderer Länder angewiesen, um so wirtschaftsstarke und, bei allen Problemen, sozial und demokratisch zu werden.

Natürlich muss Griechenland seine staatlichen Strukturen aufbauen bzw. modernisieren. Die Ziele hierbei sind: sozialpolitische Steuerungsmöglichkeiten erhalten und ausweiten, die Wirksamkeit von Maßnahmen und Institutionen deutlich erhöhen und die Verwaltung so zu modernisieren, dass der „Laden“ funktioniert.

Es ist weder sinnvoll noch gerecht, bei den Armen und Beziehern kleiner Einkommen rücksichtslos zu kürzen, während sich die Wohlhabenden und Krisenverursacher um gerechte Steuerzahlungen drücken können. Häufig sind die Armen und Bezieher kleiner Einkommen übrigens die, die wirklich Steuern und Abgaben gezahlt haben. Gerade bei ihnen ist die Belastungsgrenze längst überschritten.

Besser ist es, diejenigen stärker zu fordern, die bisher vom jahrzehntelangen Missstand in Griechenland profitiert haben. Das ist nicht die Masse der kleinen und mittleren Einkommensbezieher. Das sind 2.000 reiche Familien, die keine oder nur geringe Steuern bezahlen. Daher braucht es ein effektives Steuersystem, das die Steuerlasten gerecht verteilt.

Ein Blick nach Berlin zeigt: Die bundesdeutsche Politik muss ihren Kompass neu ausrichten, bevor sie mit dem Finger auf andere zeigt. Die IG Metall fordert einen entschiedenen und schnellen Kurswechsel in der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Zu einem solchen Kurswechsel gehört für die IG Metall:

- Finanztransaktionssteuer einführen
- Armutslöhne und Unordnung auf dem Arbeitsmarkt in den Griff kriegen
- Leiharbeit regulieren
- Allgemeinen Mindestlohn einführen
- Energiewende nicht nur ankündigen, sondern auch organisieren
- Armutsfestes Rentensystem schaffen
- Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Wir werden uns jetzt noch stärker für mehr Steuergerechtigkeit einsetzen. Dabei dürfen die Reform der Erbschaftssteuer und ein höherer Spitzensteuersatz keine Tabus sein.

Ein weiteres Beispiel sozialer Fehlentwicklung mit Rückwirkungen auf die EU ist Spanien. Gekürzt wird bei den sozial Schwachen. Der Mindestlohn soll in Spanien um ca. 20 Prozent auf 500 Euro monatlich gekürzt werden. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bereits bei weit über 40 Prozent. Die Arbeitslosenquote bei über 20 Prozent. Diese Maßnahmen führen doch zu einer weiteren Verschärfung der Umverteilungsschieflage.

Kolleginnen und Kollegen. Wir hatten zum Thema EU-Krise und den aktuellen Entwicklungen in Spanien eine intensive Debatte in unserem Vorstand.

Die IG Metall steht für ein soziales Europa. Dies müssen wir sicherlich noch deutlicher zum Ausdruck bringen als bisher. Deshalb haben die spanische UGT und die IG Metall eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Darin werden die staatlichen Eingriffe der spanischen Regierung zulasten der Arbeitnehmer sowie die sozialen Rückschritte verurteilt. So sollen das Recht auf Eheschließung von Homosexuellen und auch die Frauenquote wieder rückgängig gemacht werden, also wichtige Elemente einer egalitären Gesellschaft.

Spanien steht vor einer Feuertaufe. Am 29. März rufen die spanischen Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf. Die IG Metall hat ihre Solidarität und Unterstützung zugesagt.

Die Angriffe auf Arbeitnehmerrechte in Griechenland und Spanien sind ein Angriff auf ein soziales, demokratisches Europa. Dagegen werden wir uns stellen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ihr habt die Wahl(en). Hier und heute wählt ihr eure politische Spitze eurer IG Metall. Und früher als andere in der Republik habt ihr die Chance, am 25. März mit eurer Wahl ein Signal Richtung Berlin zu senden. Deshalb nutzt euer Wahlrecht.

Vielen Dank.